



Liebe Genossinnen und Genossen,  
 liebe Freunde,

mit neuer Kraft aus der Osterpause ging es in dieser Woche in eine Sitzungswoche. Thematisch wurde das auch Zeit, da die Regierung scheinbar keine Osterpause gemacht hat. Heiko Maas hat ein Eckpunktepapier zur Vorratsdatenspeicherung in die Diskussion geworfen, die Fraktionsvorstände von SPD und CDU/CSU haben gemeinsam getagt und verschiedene Beschlüsse produziert, der Koalitionsausschuss hat angekündigt über Aufzeichnungspflichten beim Mindestlohn zu sprechen, Sigmar Gabriel hat die Ergebnisse einer von ihm beauftragten Kommission für Investitionen in Deutschland zur Diskussion gestellt und, und, und.

Das haben wir alles nur andiskutieren können, weil es viel zu bedeutende, inhaltsschwere Themen sind, als dass man sie übers Knie brechen sollte. Dazu habe ich noch zwei Vorträge zum Mittelstand und zur Vergabe gehalten und dabei doch glatt vergessen meine Mitarbeiter zu fragen, wie denn ihr Osterurlaub gewesen ist. Naja, der nächste Urlaub kommt bestimmt, dann holen wir es nach.

### **Gemeinsame Klausur der Fraktionsvorstände der Koalition**

Auf der Klausur in der letzten Woche haben die Fraktionsspitzen von SPD und Union einiges beschlossen. So soll in Zukunft mehr für den Schutz vor Wohnungseinbrüchen getan werden. Die Zahl der Einbrüche ist seit 2010 um 25 Prozent gestiegen. Wir wollen daher Wohneigentümer und Mieter – unabhängig von ihrem Einkommen – dabei unterstützen, Haus oder Wohnung besser gegen Einbrecher zu schützen. Zuschüsse im Rahmen von KfW-Programmen werden daher aufgestockt, um z.B. die Sicherheitstechnik aufzurüsten. Neben diesen Maßnahmen muss jedoch vor allem der Fahndungserfolg steigen – das ist die beste Abschreckung. Um die Ermittlungsbehörden besser auszustatten, haben wir daher die Mittel für die Bundespolizei für 2015 um 100 Millionen Euro erhöht.

Ein weiteres Ergebnis der Klausur war die Stärkung der Hospiz- und der Palliativversorgung, also die Versorgung von schwerstkranken und sterbenden Menschen. Hierzu liegt nun ein Gesetzentwurf vor, der eine umfassendere

#### **Kontakt**

##### Berliner Büro

Tel.: 030 227-78494

Fax: 030 227-76496

sabine.poschmann@bundestag.de

##### Wahlkreis Büro

Tel.: 0231 286 786 18

Fax: 0231 286 786 16

sabine.poschmann.ma04@bundestag.de

[www.sabine-poschmann.de](http://www.sabine-poschmann.de)

<https://www.facebook.com/sabine.poschmann.1>

#### **Links**

<http://www.spdfraktion.de/>

<http://www.bundestag.de/>

<http://www.spd.de/>

Unterstützung vorsieht – unabhängig von einer stationären oder ambulanten Behandlungsweise. So sollen Menschen, die zu Hause gepflegt werden, nun auch Zugang zu Palliativleistungen, wie Schmerztherapien, erhalten. Hospizeinrichtungen sollen zudem einen größeren Anteil ihrer Kosten erstattet bekommen.

---

### **Flüchtlingskatastrophen im Mittelmeer beenden!**

Die Dramen, die sich auf dem Mittelmeer abspielen, erreichten in den vergangenen Wochen eine neue Dimension. Am Wochenende sind erneut hunderte Flüchtlinge bei ihrem Versuch, Europa zu erreichen, ums Leben gekommen. Die Europäische-Staatengemeinschaft hat viel zu lange weggesehen. Wir müssen endlich handeln. Das scheint nun auch unser Innenminister de Maizière verstanden zu haben, auch wenn seine Vorschläge bislang sehr zurückhaltend sind. Als erstes müssen wir dafür sorgen, dass die Menschen auf See gerettet werden. Darüber hinaus müssen wir das menschenverachtende Geschäft der Schlepperbanden stoppen. Die Außen- und Innenminister der EU haben am Montag einen Zehn-Punkte-Plan vorgelegt, der diese und weitere Maßnahmen vorsieht. Meiner Meinung nach muss die Hilfe der Mitgliedsstaaten allerdings weit darüber hinausgehen.

---

### **Debatte um Klimaschutzabgabe**

Sigmar Gabriel hat mit dem Vorschlag einer nationalen Klimaschutzabgabe eine alte Diskussion neu ins Rollen gebracht. Es geht um das Thema Kohle. Die von Sigmar vorgeschlagene Abgabe soll für Betreiber von Kohlekraftwerken, die älter als 20 Jahre sind und einen CO<sub>2</sub>-Freibetrag überschreiten, fällig werden. So sollen die Emissionen der rund 500 fossilen Kraftwerke bis 2020 um insgesamt 22 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid zurückgefahren werden. Hintergrund dieses Vorschlags ist, dass Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2020 erreichen muss: 40 Prozent weniger klimaschädliche CO<sub>2</sub>-Emissionen im Vergleich zu 1990. Bisher haben wir ca. 27 Prozent Reduktion erreicht.

Der Vorschlag sorgt in NRW, aber auch in Sachsen und Brandenburg, für große Aufregung. Tausende gut bezahlte Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen und sehr hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad, drohen verloren zu gehen.

Für mich gilt, dass ich klar hinter unseren Klimaschutzziele stehe, doch wir müssen hier Lösungen finden, die im Kohlebergbau zu keinen kurzfristigen Strukturbrüchen führen. Deshalb gilt es nun, mit allen betroffenen Akteuren, insbesondere den Gewerkschaften und den Arbeitnehmern, aber eben auch den Energiekonzernen gemeinsam Lösungswege zu erarbeiten. Sigmar steht neuen Vorschlägen offen gegenüber und ich hoffe, dass wir hier in den nächsten Wochen einen guten Weg finden werden.

---

### **Stärke Unterstützung für Familien durchgesetzt**

Bei dem neuen Gesetzentwurf zur Verbesserung der finanziellen Situation von Familien und Kindern hat sich unsere Familienministerin Manuela

Schwesig nach harten Verhandlungen in vielen Punkten zum Glück gegenüber Schäuble durchsetzen können. Der steuerliche Grundfreibetrag und der Kinderfreibetrag werden angehoben. Da vom Kinderfreibetrag jedoch nicht alle Familien profitieren, haben wir durchgesetzt, dass auch das Kindergeld angehoben wird. Und auch, dass es rückwirkend zum Jahresanfang 2015 steigt. Leider ist in dem Entwurf nur eine Erhöhung von vier Euro und zum 1. Januar 2016 um weitere zwei Euro pro Monat geplant. Jetzt muss sich in den Beratungen im Bundestag zeigen, wieviel wir noch nachverhandeln können. Zudem steigt der Kinderzuschlag ab 1. Juli 2016 um 20 Euro pro Monat.

Besonders wichtig ist allerdings, dass wir eine Entlastung für die Alleinerziehenden aushandeln konnten – als ein weiteres Ergebnis der Klausurtagung der Fraktionsvorstände. Der steuerliche Entlastungsbetrag steigt zehn Jahre nach seiner Einführung endlich um 600 Euro auf 1.908 Euro.

---

### **Investitionen vorantreiben**

Am 21. April habe ich am Investitionskongress des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) teilgenommen. Dort hat die sogenannte „Fratzcher-Kommission“ ihren Abschlussbericht vorgestellt. Die von Sigmar im August letzten Jahres eingesetzte Expertenkommission hatte die Aufgabe, Vorschläge zur Stärkung der Investitionen in Deutschland zu erarbeiten. Der Bericht bestätigt unsere bestehende Sorge über eine anhaltende Investitionsschwäche. Den größten Handlungsbedarf sieht die Kommission bei der kommunalen Infrastruktur – in Straßen, Schulen und Bibliotheken. Das von uns beschlossene Sondervermögen für kommunale Investitionen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro ist daher ein erster wichtiger Schritt. Als weitere Maßnahme schlägt die Kommission unter anderem einen „Nationalen Investitionspakt für Kommunen“ mit einem Investitionsvolumen von mindestens 15 Milliarden Euro vor. Eine Privatisierung von Bundesfernstraßen, die teilweise in letzter Zeit im Gespräch war, lehnt die Expertenkommission ab. Sie plädiert eher dafür, bürokratische Hindernisse abzubauen und moderne Finanzierungsformen zu fördern. Das Ministerium sowie verschiedene Arbeitsgruppen der Fraktionen werden die Vorschläge nun genauer prüfen. Den ersten Aufschlag hatten wir dazu in der AG Kommunales.

---

### **Vorratsdatenspeicherung**

Über den Stand zur Vorratsdatenspeicherung habe ich euch ja bereits in der letzten Info-Post informiert. Nun hat unser Bundesjustizminister Heiko Maas Leitlinien zu einer Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung vorgelegt. Sie sehen vor, die Speicherung in äußerst engen Grenzen und für maximal zehn Wochen zuzulassen. Die Inhalte der Kommunikation werden nicht gespeichert und E-Mails sind zudem grundsätzlich von der Speicherung ausgenommen. Die rechtlichen Hürden für die Abrufung von Daten sind hoch und ihre Verwendung auf Grundlage strikter Vorgaben geregelt. Der Katalog der Straftaten beschränkt sich auf schwerste Straftaten. Heiko wird nun auf Grundlage der Leitlinien einen Gesetzentwurf erarbeiten. Grundsätzlich stehe ich der Vorratsdatenspeicherung kritisch gegenüber, da es bislang

keine Belege dafür gibt, dass mit ihrer Hilfe Verbrechen verhindert werden konnten.

---

### **Diskussionsveranstaltung zum Thema Sterbehilfe in Dortmund**

An dieser Stelle möchte ich euch schon jetzt auf den 22. Mai aufmerksam machen: An dem Tag lade ich abends gemeinsam mit Marco Bülow zur Diskussion über Sterbehilfe ein. Das Thema ist häufig verbunden mit Ängsten und Unsicherheiten. Und es gibt natürlich viele Positionen und ebenso viele Fragen dazu. Deshalb möchten wir euch herzlich einladen, euch an dem Abend zu informieren und mitzudiskutieren. Ulla Schmidt, unsere ehemalige Gesundheitsministerin und heute u.a. Vorsitzende der Hospizstiftung der Region Aachen, wird wie Dr. Horst Luckhaupt, Chefarzt des St.-Johannes-Hospitals und Vorsitzender des Ethikrates des Erzbistums Paderborn, informieren und Stellung beziehen. Los geht's um 18 Uhr im Mercure-Hotel in der Dortmunder Innenstadt. Ich würde mich sehr freuen, wenn ihr dabei seid!

---

So, jetzt geht es wieder nach Dortmund zurück, wo wieder allerhand Termine auf mich warten. Unter anderem der Sponsorenlauf der Emschertal-Grundschule sowie die 1. Mai-Demo mit anschließendem Familienfest im Westfalenpark. Dort findet ihr mich auf jeden Fall beim Promigrillen am AfA-Stand. Leider ist für Montag schon wieder eine Nazi-Demo in Aplerbeck geplant. Bei der Gegendemo bzw. der Gedenkveranstaltung werde ich natürlich ebenfalls dabei sein.

Bis bald, eure

*Sabine*